

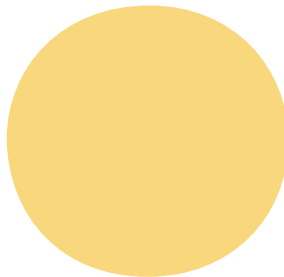
Heft 10/2013

Germanistik in der Schweiz

Zeitschrift der
Schweizerischen Akademischen
Gesellschaft für Germanistik

Herausgegeben von Michael Stolz,
in Zusammenarbeit mit Laurent Cassagnau,
Daniel Meyer und Nathalie Schnitzer

Sonderdruck



germanistik.ch
Verlag für Literatur- und Kulturwissenschaft

Familiengründung in Ost- und Westdeutschland. Auf dem Weg zur Annäherung?

VON ANNE SALLES

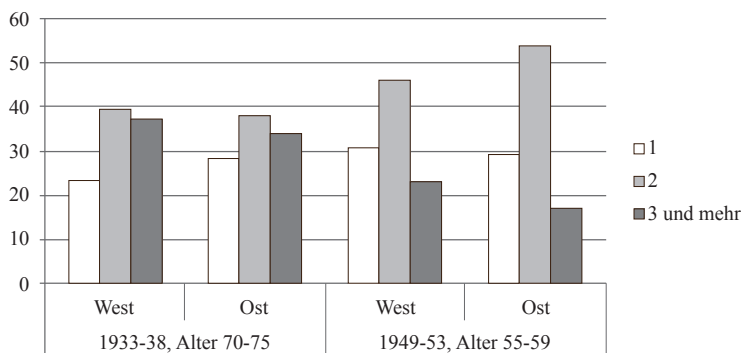
This paper examines the important demographic changes observed in the Eastern part of Germany after reunification and the question of a convergence between the two parts of the country. In other words, it analyses the impact of a centralized family policy upon a region with a different history and culture. It concludes that some convergence occurred, but only to a certain extent. Differences still remain, which can be partly explained by the cultural heritage of the GDR.

Die Wende leitete einen demografischen Wandel im Osten ein. Die Geburtenziffer, die 1989 noch bei 1,57 Kindern pro Frau lag, betrug 1993 nur noch 0,77 und fiel damit auf den tiefsten Stand, der wohl jemals auf der Ebene eines Landes erreicht wurde. Dies wurde von vielen Seiten als Schockreaktion bewertet, weshalb mit einer schnellen Änderung der Lage gerechnet wurde. Doch welche Entwicklung war damit zu erwarten? Vielfach wurde infolge der übergangslosen Einführung der westlichen Institutionen in den neuen Bundesländern mit einer Anpassung an den Westen gerechnet. Und tatsächlich stieg die zusammengefasste Geburtenziffer wieder an und erreichte ab 2007 etwa den Stand des Westens. Die Frage, die sich damit stellt, ist, ob diese Annäherung in den Zahlen auch zu einer Angleichung in den Lebensformen und den Fertilitätsmustern geführt hat. Kann von einer Konvergenz die Rede sein oder bleiben vielmehr regionale Differenzen bestehen? Führte die Einführung einer einheitlichen, zentral orientierten Familienpolitik zur Ausgrenzung regionaler Partikularitäten? Um diese Frage zu beantworten, werden wir zunächst die demografische Lage vor der Wende skizzieren, anschließend untersuchen, inwiefern von einer Annäherung die Rede sein kann und welche Unterschiede bestehen bleiben, und schliesslich die Gründe für die beobachtete Entwicklung erforschen.

1. Die Rolle der Institutionen in den unterschiedlichen Familienleitbildern in Ost und West 1989

Vor dem Fall der Mauer wiesen beide deutsche Staaten deutliche Unterschiede in den Fertilitätsmustern auf. In der DDR fand die Familiengründung früher als in der Bundesrepublik Deutschland statt. Zur Zeit der Wende bekamen ostdeutsche Frauen ihr erstes Kind im Durchschnitt im

Alter von knapp 23 Jahren, im Westen dagegen erst mit 27 Jahren. Seit den siebziger Jahren fiel das Geburtenniveau im Osten höher als im Westen aus. So lag die endgültige Kinderzahl der am Ende der 1950er Jahre geborenen Frauen in der DDR leicht über 1,8 Kinder pro Frau, im Westen dagegen bei 1,6. Dabei lag der Anteil an kinderreichen Familien im Osten niedriger als im Westen. Mit anderen Worten war dieses höhere Geburtenniveau nicht auf eine höhere Kinderzahl in den Familien zurückzuführen, sondern in erster Linie auf die niedrige Kinderlosigkeit in der DDR. Diese betrug bei Frauen unter den Geburtsjahrgängen 1949–53 7% im Vergleich zu 15,3% im Westen.¹ So stellte man im Westen eine steigende Polarisierung zwischen Kinderlosen und Familien mit mindestens zwei Kindern fest,² während sich in der DDR eine steigende zwei-Kinder-Norm herausbildete (siehe Grafik 1).



Grafik 1: Endgültige Kinderzahl der Mütter in Ost und West für die Geburtsjahrgänge 1933–38 und 1949–53 (Quelle: Statistisches Bundesamt).

Darüber hinaus neigten Mütter in der DDR dazu, Familie mit einer Vollzeitbeschäftigung zu vereinbaren, während Frauen im Westen mehrheitlich ihre Erwerbstätigkeit mit der Geburt ihres ersten Kindes unterbrachen und erst mit der Einschulung des jüngsten Kindes die Berufsarbeit – meist in Teilzeit – wiederaufnahmen. Dieses sogenannte Drei-Phasen-Modell setzt die Verantwortung des Mannes als Hauptverdiener voraus, während die Mutter die Rolle einer ›Zuverdienerin‹ übernimmt.

1 Für die Geburtsjahrgänge 1960–64 lag die Kinderlosigkeit 2008 im Osten und im Westen bei 10,7 Prozent respektive 22,4 Prozent.

2 Jürgen Dorbritz: Germany. Family Diversity with Low Actual and Desired Fertility, in: Demographic Research 19 (2008), S. 571.

Diese Unterschiede lassen sich zum Teil durch den institutionellen Rahmen erklären. Als die Geburtenziffer in der DDR – wie übrigens in der Bundesrepublik Deutschland auch – zu Beginn der 1970er Jahre einbrach, erwies es sich für die ostdeutsche Regierung als notwendig, die Auswirkungen der Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs durch eine geburtenfördernde Politik auszugleichen. Darüber hinaus ging es im Zusammenhang mit der Stagnation der Bevölkerungszahlen darum, das vorhandene Arbeitskräftepotenzial so weit wie möglich auszunutzen, mit anderen Worten Erwerbsunterbrechungen im Lebenslauf der Frauen zu vermeiden. Kurz, die DDR-Regierung ermutigte Frauen, möglichst viele Kinder zu bekommen und gleichzeitig in Vollzeit berufstätig zu bleiben. Dementsprechend wurde die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch den flächendeckenden Ausbau von kostenlosen Krippen sowie den Zugang zu Ganztagschulen gefördert. Parallel dazu sollte die Last, die mit der Betreuung von Kindern verbunden ist, gemindert werden. Frauen hatten Anspruch auf das sogenannte ‚Babyjahr‘, einen vollbezahlten einjährigen Erziehungsurlaub, und verfügten nach Wiederaufnahme der Arbeit über einen freien Haushaltstag pro Monat. Weiterhin wurde die Wochenarbeitszeit von Müttern von mindestens zwei Kindern auf 40 Stunden begrenzt.³ Diese Massnahmen zugunsten der Vereinbarkeit von Beruf und Familie trugen dazu bei, die sogenannten Opportunitätskosten, das heisst die indirekten Kosten, die durch Lohnverzicht im Zusammenhang mit einer Erwerbsunterbrechung oder Senkung der Arbeitszeit verursacht werden, zu begrenzen. Mit anderen Worten konnten ostdeutsche Paare nach der Geburt eines Kindes weiterhin mit zwei Vollzeitlöhnen rechnen.

Geburten sollten auch durch den bevorzugten Zugang von Familien und verheirateten Paaren zu Wohnungen gefördert werden, eine Massnahme, die in einem Staat, in dem die Wohnungen von der öffentlichen Hand zugewiesen wurden, durchaus Bedeutung hatte. Darüber hinaus hatten junge verheiratete Paare Anspruch auf einen Ehekredit, wobei ein Teil davon bei jeder Geburt erlassen wurde – ab drei Kindern war der Kredit ‚abgekindert‘. Dementsprechend erleichterte die Familienpolitik der DDR eine frühe Entscheidung für eine Familiengründung. Dazu trug auch die Bildungspolitik bei, da junge Leute vor der Wende ihre Schul- und Berufsausbildung im Osten eher als im Westen abschlossen. Mit anderen Worten trat im Osten die finanzielle Unabhängigkeit mit dem früheren Erwerbsbeginn eher als im Westen ein, was eine Familiengründung in einem früheren Lebensstadium möglich machte. Schliesslich könnte die frühe Familiengründung in der DDR auch durch das

3 Siehe Gilles Leroux: *Les politiques de la famille en République démocratique allemande, 1949–1989*. Thèse de nouveau doctorat présentée sous la direction de M. Michel Hubert, Université Paris III, Lille 1995, S. 357–358.

hohe Mass an wirtschaftlicher Sicherheit, also das niedrige Arbeitslosigkeitsrisiko, begünstigt worden sein.⁴

Diese frühe Familiengründung ging allerdings nicht mit einem steigenden Anteil an kinderreichen Familien einher. Dieser ging im Gegenteil im Laufe der Zeit zurück und lag trotz der Bemühungen des DDR-Staates deutlich unter dem westlichen Stand (Siehe Grafik 1). Grund dafür könnten die Vollzeitbeschäftigung der Mütter sowie deren Hauptverantwortung für den Haushalt gewesen sein. Eine kinderreiche Familie mit einer Vollzeitstelle in Einklang zu bringen, mag sich unter diesen Bedingungen als schwierig erwiesen haben.

Im Westen war die Lage dagegen eine ganz andere. Die Familienpolitik förderte seit den Anfängen der Bundesrepublik Deutschland das männliche «Ernährermodell» und daran hatte sich im Laufe der Zeit wenig geändert. Da es so gut wie keine ausserhäuslichen Betreuungsmöglichkeiten in der Bundesrepublik Deutschland gab und Frauen Anspruch auf einen dreijährigen Erziehungsurlaub hatten, unterbrach die überwiegende Mehrheit der Mütter ihre Berufstätigkeit für eine Dauer von mindestens drei Jahren, oft länger, wenn sich ein weiteres Kind ankündigte. Zwar nahm ein steigender Anteil der Mütter die Arbeit nach dem Erziehungsurlaub wieder auf, dies allerdings meist in Teilzeit, was sich sowohl durch die Familienpolitik wie auch das Bildungssystem erklären lässt. Bereits 1957 führte der Staat das sogenannte Ehegattensplitting ein, das verheirateten Paaren eine bedeutende Steuererleichterung einbrachte, wenn Mann und Frau einen grossen Lohnunterschied aufwiesen, namentlich wenn die Frau nicht oder nur nebenbei arbeitete. Diese Massnahme förderte den zumindest teilweisen Rückzug der Frauen aus dem Erwerbsleben. Auch die Öffnungszeiten der Schulen und Kindergärten im Westen – diese nahmen und nehmen heute noch mehrheitlich die Kinder nur am Vormittag auf – liess den Müttern kaum eine andere Möglichkeit als eine Wiederaufnahme der Arbeit in Teilzeit und zwar angesichts der wechselnden Stundenpläne der Kinder in höchst begrenztem Masse. Schliesslich trug auch die Einführung der Minijobs⁵ zur Verbreitung der Teilzeitarbeit unter Müttern bei.

Das westdeutsche männliche «Ernährermodell» bringt damit allerdings höhere indirekte Kosten mit sich, da die Ankunft eines Kindes mit dem Verzicht auf einen Lohn verbunden ist. Zwar hatten (und haben) Familien Anspruch

4 Oliver Arranz Becker / Daniel Lois / Bernhard Nauck: Unterschiede in den Fertilitätsmustern zwischen ost- und westdeutschen Frauen. Differenzierung der Rollen des kulturellen Hintergrunds und des Transformationsprozesses, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 1 (2010), S. 39.

5 Siehe Brigitte Lestrade: Le modèle social allemand en sursis?, in: Revue internationale stratégique 2 (2009), S. 156–171.

auf eine finanzielle Unterstützung vom Staat (zur Zeit der Wende zwei Jahre lang ca. 300 Euro Erziehungsgeld pro Monat sowie Kindergeld), doch dies gleicht den Verlust eines Lohnes nicht aus. Das erklärt auch, weshalb die Familiengründung im Westen deutlich später als im Osten stattfand. Eine weitere Folge ist, dass Frauen, die auf ihren Lohn angewiesen sind oder auf ihre Karriere nicht verzichten wollen, dazu neigten – wie auch heute noch –, auf Kinder zu verzichten, was den hohen Stand der Kinderlosigkeit in Westdeutschland erklärt.

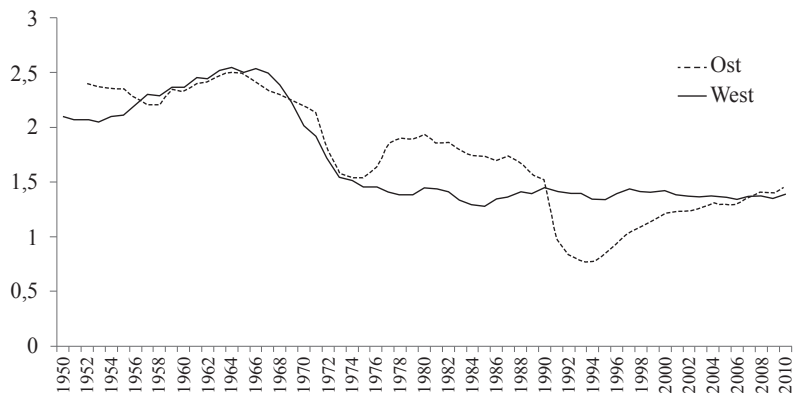
Kurz, das Kind war im Osten mit weniger Risiko behaftet als im Westen. Während eine Familiengründung in der Bundesrepublik hohe direkte und indirekte Kosten nach sich zog, brachte sie dagegen in der DDR bedeutende materielle und finanzielle Vorteile, was die mit dem Kind verbundenen Ausgaben deutlich minderte und die Entscheidung für Kinder erleichterte.⁶ Deshalb trat die Familiengründung oft vor der wirtschaftlichen Unabhängigkeit ein, gerade weil sie den Zugang zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit erleichterte, während im Westen die Sicherung der beruflichen und finanziellen Lage angestrebt wurde, um eine Familiengründung in Erwägung ziehen zu können, was die im Vergleich zur DDR beobachtete Verzögerung bei der ersten Geburt erklärt.

Hiermit wird der Einfluss der Institutionen auf Verhaltensweisen und Vorstellungen sichtbar. Demzufolge müsste die überganglose Einführung der westlichen Institutionen im Osten zu Veränderungen in den Fertilitätsmustern und zu einer allmählichen Annäherung an den Westen geführt haben. Unsere Hypothese lautet, dass die auf Zentralität ausgerichtete Familienpolitik zu einer Abschwächung regionaler Differenzen geführt haben müsste, mit anderen Worten, dass sich im Osten unter dem Einfluss der westdeutschen Institutionen unter anderem die Familiengründung zeitlich verschoben haben und das Geburtenniveau zurückgegangen sein müsste.

2. Die demografische Entwicklung seit der Wende: eine Teilannäherung

Eindeutig ist die Geburtenziffer im Osten nach der Wende stark zurückgegangen. Nachdem sie einen Tiefststand 1993 erreicht hatte, stieg sie wieder an und erreichte 2007 etwa das westliche Niveau (siehe Grafik 2).

⁶ Schätzungen zufolge übernahm die DDR 85% der gesamten Kinderkosten. Siehe Arranz Becker/Lois/Nauck: Unterschiede in den Fertilitätsmustern zwischen ost- und westdeutschen Frauen [Anm. 4], S. 39.



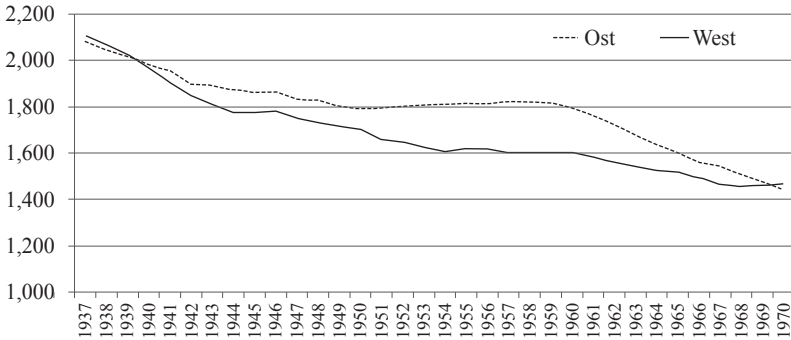
Grafik 2: Zusammengefasste Geburtenziffer in Ost- und Westdeutschland von 1950 bis 2010 (Quelle: Statistisches Bundesamt).⁷

Dieser Geburtenrückgang wird eng mit der Verschiebung der Familiengründung in Verbindung gesetzt, denn tatsächlich ist das durchschnittliche Alter bei der Geburt des ersten Kindes im Osten des Landes angestiegen. Für Frauen liegt es inzwischen bei knapp 30 Jahren in beiden Teilen des Landes.⁸ Nichtsdestoweniger handelt es sich beim beobachteten Geburtenrückgang ganz offensichtlich mehr um Verzicht als um Aufschub. Denn die endgültige Kinderzahl ist auch zurückgegangen (siehe Grafik 3). Für die 1970 geborenen Frauen, deren Familiengründung als nahezu abgeschlossen betrachtet werden kann, liegt sie leicht unter dem westdeutschen Stand.⁹

⁷ Alle Zahlen ab 2001 werden für West- und Ostdeutschland ohne Berlin angegeben.

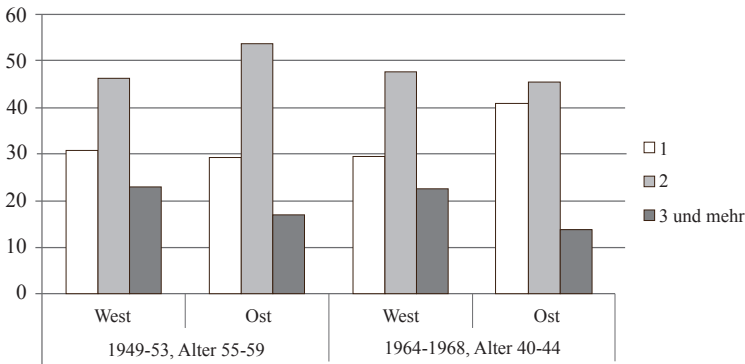
⁸ Diese Zahl bezieht sich nur auf eheliche Geburten.

⁹ Siehe Michaela Kreyenfeld: Das zweite Kind in Ostdeutschland: Aufschub oder Verzicht?, in: Die Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland. Demografische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen seit der Wende, hg. v. Insa Casens / Marc Luy / Rembrandt Scholz, Wiesbaden 2009, S. 100–123.



Grafik 3: Endgültige Kinderzahl der Frauen in Ost und West der Geburtsjahrgänge 1937–1970. Stand 2011 (Quelle: Statistisches Bundesamt).

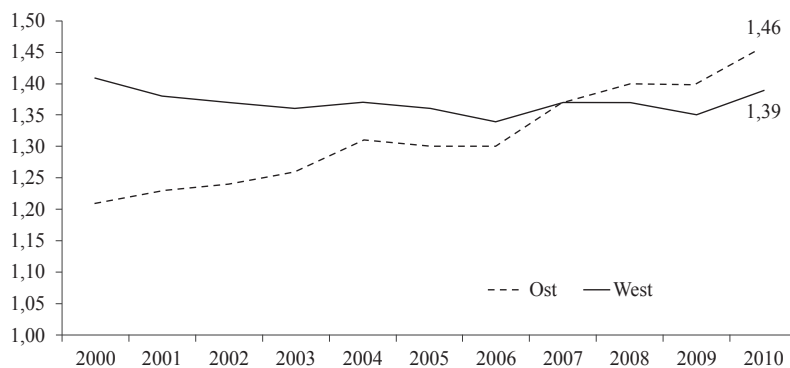
Dennoch bleiben Differenzen zwischen beiden Teilen Deutschlands bestehen. Der Geburtenrückgang im Osten lässt sich nicht wie im Westen durch steigende Kinderlosigkeit erklären, sondern durch die Abnahme des Anteils an Zwei-Kinder-Familien zugunsten der Familien mit Einzelkind (Siehe Grafik 4).



Grafik 4: Durchschnittliche Kinderzahl der Mütter in Ost und West für die Geburtsjahrgänge 1949–53 und 1960–64 (Quelle: Mikrozensus 2008, Statistisches Bundesamt).

Zudem liegen die Geburtenziffern beider Teile Deutschlands zwar nahezu auf gleichem Niveau, allerdings bewegt sie sich in den neuen Bundesländern seit einigen Jahren wieder nach oben, während sie im Westen ausgesprochen

stabil bleibt. 2010 erreichte die Geburtenziffer im Osten mit 1,46 einen Stand, den der Westen seit 1974 nicht mehr erlebt hatte (Siehe Grafik 5).



Grafik 5: Zusammengefasste Geburtenziffer in Ost- und Westdeutschland seit 2000 (Quelle: Statistisches Bundesamt).

Zwischen beiden Teilen Deutschlands stellt man in der demografischen Entwicklung sowohl Konvergenzen als auch Divergenzen fest. Diese lassen sich durch eine Reihe von Faktoren erklären. Mit der Einführung des westdeutschen Bildungssystems hat sich die Schul- und Ausbildungszeit auch im Osten verlängert und somit der Erwerbsbeginn und die damit verbundene finanzielle Unabhängigkeit verschoben. Dies spielt eine um so grössere Rolle als die Hilfen für die Einrichtung eines jungen Paares – Wohnung, Ehekredit – weggefallen sind und junge Leute nun vor der Aufgabe stehen, genügend finanzielle Mittel zu sammeln, bevor sie eine Familiengründung erwägen können. Mit anderen Worten sind die direkten Kosten, die mit der Geburt eines Kindes einhergehen, deutlich gestiegen.

Darüber hinaus verschwand mit der Einführung der sozialen Marktwirtschaft die Sicherheit am Arbeitsplatz und die Arbeitslosigkeit besonders unter jungen Frauen schnellte in die Höhe. So ging die Erwerbsbeteiligung der Frauen, namentlich der jungen Mütter, trotz der Aufrechterhaltung von Krippenplätzen deutlich zurück, was zu einer Verzögerung der Familiengründung und zu einem Anstieg der Opportunitätskosten von Kindern führte. Diese Entwicklung wurde umso schmerzlicher empfunden, als der Rückgang der weiblichen Erwerbsbeteiligung auf fehlende Arbeitsmöglichkeiten zurückzuführen war und nicht auf den persönlichen Wunsch, sich familiären Aufgaben zu widmen. Mit anderen Worten hegen Frauen weiterhin den Wunsch, einer Berufstätigkeit möglichst in Vollzeit nachzugehen, wobei

ihnen die westdeutsche, auf das männliche ›Ernährermodell‹ ausgerichtete Familienpolitik kaum entgegenkam.

Kurz, mit der Einführung der westlichen Institutionen muss nun auch im Osten die berufliche und finanzielle Lage erst gesichert werden, bevor eine Familiengründung in Frage kommen kann, was sich angesichts der verschlechterten wirtschaftlichen Lage als schwieriger erweist. Dies führt zu einer zeitlichen Verschiebung von Geburten, insbesondere bei den zweiten und weiteren Geburten, die zum Teil in einen Verzicht auf weitere Kinder mündet. Damit reduziert sich der Anteil von Eltern mit zwei und mehr Kindern deutlich, während die Kinderlosigkeit nur leicht ansteigt. Demnach bleiben der Kinderwunsch und die Familienorientierung im Osten ausgeprägter als im Westen – ein Leben ohne Kinder können sich nur die wenigsten vorstellen –,¹⁰ diese Tendenzen konnten bislang aber aufgrund der Berufsorientierung der Frauen und deren Schwierigkeiten, eine Arbeitsstelle zu bekommen, nur begrenzt umgesetzt werden.

Diese Lage könnte sich mit dem seit wenigen Jahren eingetretenen erneuten Anstieg der Geburtenhäufigkeit in den neuen Bundesländern allerdings ändern. Dabei könnte die 2007 eingeführte Reform der Elternzeit eine Rolle gespielt haben. Während die zusammengefasste Geburtenziffer im Westen des Landes seit 2006 kaum zunahm (+3,7%), stieg sie im Osten deutlich an (+12,3%) (Siehe Grafik 5). Damit scheint sich die Reform im Osten stärker als im Westen auszuwirken, was vielleicht damit zusammenhängen könnte, dass sie gewissermaßen den Erwartungen der ostdeutschen Bevölkerung entspricht und an bestimmte Aspekte der Familienpolitik der DDR erinnert. Mit der Einführung der Elternzeit können junge Eltern nach der Geburt ihres Kindes zwölf Monate bei ihrem Kind bleiben und dabei Elterngeld in Höhe von 65% des Nettolohns, den sie vor der Geburt des Kindes verdienten, beziehen (allerdings mindestens 300 Euro und höchstens 1800 Euro). Mit anderen Worten weist die neue Elternzeit durch ihre Lohnersatzfunktion und ihre Dauer gemeinsame Züge mit dem Babyjahr der DDR auf. Auch diese Reform hat die Förderung der weiblichen Erwerbsbeteiligung zum Ziel, was im Zusammenhang mit der Aufrechterhaltung der Ganztagschule und eines weiten Angebots an Kinderkrippen in den neuen Bundesländern an Bedeutung gewinnt. Dagegen hat sich die Lage im Westen nur wenig geändert, erstens weil Betreuungsmöglichkeiten nach wie vor fehlen und die Schule die Kinder weiterhin meist nur am Vormittag aufnimmt, zweitens weil der Erziehungsurlaub immer noch drei Jahre dauert, was die Mehrheit

10 Jürgen Dorbritz / Andrea Lengerer / Kerstin Ruckdeschel: Einstellungen zu demografischen Trends und zu bevölkerungsrelevanten Politiken. Ergebnisse der Population Policy Acceptance Study, hg. v. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung beim Statistischen Bundesamt, Wiesbaden 2005, S. 36.

der Mütter im Westen dazu bringt, die Erwerbstätigkeit erst nach drei Jahren wieder aufzunehmen. Trotz der einheitlichen, auf Zentralität ausgerichteten Familienpolitik der Bundesrepublik Deutschland weichen die Möglichkeiten der Vereinbarkeit zwischen Beruf und Familie demnach in Deutschland je nach Region stark voneinander ab.

Allerdings geht die Kluft zwischen den Vorstellungen und Erwartungen der Ostdeutschen und der Orientierung der Familienpolitik in Deutschland seit einigen Jahren zurück. Diese steigende Übereinstimmung könnte zum Wiederanstieg der Geburten im Osten beigetragen haben. Allerdings kann noch nicht festgestellt werden, ob es sich dabei um einen Timing-Effekt handelt, mit anderen Worten, ob damit bereits geplante Geburten vorgezogen wurden, was demnach keine Auswirkung auf die endgültige Kinderzahl hätte, oder ob die Geburtenhäufigkeit auch langfristig im Osten wieder zunimmt.

Fazit

Zwar ist eindeutig eine gewisse Annäherung der neuen Bundesländer an den Westen des Landes festzustellen, da sich die Familiengründung im Osten tatsächlich zeitlich verschoben hat und die Geburtenhäufigkeit zurückgegangen ist. Dennoch bleiben bedeutende Differenzen in den Familienbildern und Fertilitätsmustern bestehen. Im Osten bekommen die meisten ein oder zwei Kinder, während nur eine Minderheit kinderlos bleibt oder sich für eine grosse Familie entscheidet. Im Westen dagegen bleibt ein deutlich höherer Anteil der Bevölkerung kinderlos, doch entscheidet man sich erst für ein Kind, ist die Wahrscheinlichkeit grösser, zumindest ein zweites zu bekommen.

Demnach hat sich die Einführung der westdeutschen politischen Institutionen auf die Familienleitbilder nur begrenzt ausgewirkt. Dies hängt ohne Zweifel mit dem Gegensatz zwischen den westlichen Institutionen und den Erwartungen der ostdeutschen Bevölkerung zusammen. Hiermit wird der Konflikt zwischen den politischen Institutionen und dem kulturellen Hintergrund sichtbar. Anders ausgedrückt: Die unterschiedliche Geschichte beider Teile Deutschlands führte zur Aufrechterhaltung regionaler Partikularitäten, die eine gemeinsame auf Zentralität beruhende Familienpolitik nicht aufzuheben vermochte. Allerdings nähert sich die Familienpolitik in ihrer Ausrichtung seit einigen Jahren den Erwartungen der ostdeutschen Bevölkerung an, was sich in der steigenden Akzeptanz familienpolitischer Reformen widerspiegelt und eine Rolle im Wiederanstieg der Geburten spielen könnte. Dies zeigt, wie sehr der Erfolg familienpolitischer Reformen von der Zustimmung der Bevölkerung abhängt.

Heft 10/2013 – Aus dem Inhalt

GEORG KREIS

Zentralität und Partikularität. Organisationsformen und Strukturbilder
des öffentlichen Lebens

REGULA SCHMIDLIN

Die Plurizentrik des Deutschen. Ein linguistisch-lexikographisches Konstrukt?

AFRA STURM / BRITTA JUSKA-BACHER

Methodische Überlegungen zu einem Schweizer Standard-Wörterbuch

GÜNTER SCHMALE

Gesprochenes Deutsch. Normabweichende Partikularität oder eigene Norm?

ASTRID STARCK

Jiddische Literatur in Berlin in der Zwischenkriegszeit. Wechselspiel zwischen
Zentrum und Peripherie

MICHAEL ANDERMATT

«Hussah! Hussah! Die Hatz geht los!» Antikatholizismus bei Gottfried Keller

YAHYA ELSAGHE

Zentrum und Peripherie in Thomas Manns Novelle vom «Kleinen Herrn Friedemann»

PHILIPPE WELLNITZ

Thomas Hürlimanns Theater. Ein Dialog mit der Heimat Schweiz

Germanistik in der Schweiz

ISBN 978-3-033-04394-7



9 783033 043947 >